

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Film-, Theater- und empirische Kulturwissenschaft
Fach Kulturanthropologie/Volkskunde

Widerstand von außen

Das Exil-Netzwerk der SoPaDe und seine
Verbindungen nach Rheinland-Pfalz

von

Martin Kutter & Sabine Rammelt

In: Roth, Jonathan (Hg.) (2013). Sozialdemokratie in
Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten.
www.sozialdemokratie-rlp.de

[mkutter@students.uni-mainz.de]
[srammelt@students.uni-mainz.de]

2013

Inhalt

1	Ein Flugblatt und seine Geschichte	1
2	Krisenzeit in den frühen 30er Jahren.....	2
3	SoPaDe – Parteivorstand im Exil	4
4	Aktion „Parole am 12. November“	6
5	Emil Kirschmann, Sozialdemokrat im Widerstand	8
6	Der lange Weg des Widerstands	10
	Literatur	12
	Quellen.....	13
	Bildnachweis.....	13

Abstract

In Südwestdeutschland wird im November 1933 ein Flugblatt verbreitet, das eine Widerstandsparole gegen die NS-Diktatur ausgibt. Die Bevölkerung wird dazu aufgerufen, den Wahlzettel für die anstehende Reichstagswahl ungültig zu machen. Verantwortlich für diesen Aufruf sind die sozialdemokratische Exilorganisation „SoPaDe“ und ihr Grenzsekretär Emil Kirschmann. Die Entstehung und Verbreitung des Flugblattes zeigt beispielhaft, wie die Verbindungen des Exilwiderstandes in das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz funktionierten. Dieser Beitrag beschreibt die Hintergründe der Aktion und erzählt von den beteiligten Akteuren.

1 Ein Flugblatt und seine Geschichte



Abbildung 1: Flugblatt „Parole am 12. November“

„Parole am 12. November: Wahlzettel ungültig machen! Volksabstimmung: Nein!“ Diese Worte verkündet ein Flugblatt, das in gesamt Südwestdeutschland und darüber hinaus Verbreitung findet, u. a. auch auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz.¹

Das Flugblatt bezieht sich auf die Reichstagswahl am 12. November 1933. Zur Abstimmung steht eine Einheitsliste der NSDAP für den Reichstag. Außerdem stellt Hitlers Regierung der Bevölkerung eine Art Vertrauensfrage. Entschieden werden soll, ob die Bevölkerung den Kurs der Regierung nach dem viel kritisierten Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, dem Abbruch der Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz im Oktober 1933 und der damit einhergehenden außenpolitischen Isolation Deutschlands mitträgt. Die Volksabstimmung ist ein Schachzug der Nationalsozialisten, die angesichts der außenpolitischen Niederlage ihre Macht im Inneren festigen wollen (Buchholz 1995, 20).

Die Parole am 12. November lautet daher, die undemokratischen Prinzipien der Wahl nicht zu akzeptieren. Durch ungültige Wahlzettel und einem Nein bei der Volksabstimmung soll Widerstand gegen die NS-Politik geleistet werden.

¹ AdsD, Sammlung Flugblätter und Flugschriften, Flugblatt „Parole am 12. November“.

Deutschland erwache!

Das Flugblatt spricht des Weiteren davon, dass es noch aktiven Widerstand gibt und geben wird und ruft zur persönlichen Beteiligung auch durch Verbreitung der Parole auf. Auf der Rückseite des Flugblatts legen die unbekanntenen Autoren dar, wie die Nationalsozialisten die Bevölkerung mit Propaganda täuschen und die Friedensarbeit seit dem Ende des Ersten Weltkrieges verwerfen; sie warnen auch vor einem erneuten Kriegsausbruch. Dies gilt es mit einer Ablehnung der Wahl und des Volksentscheids zu quittieren.

Wer gibt die Parole aus? Das Flugblatt selbst gibt hierüber keine Auskunft. Die weite Verbreitung innerhalb des Reiches zeigt jedoch bereits, dass es sich um ein Netzwerk organisierten Widerstandes handeln muss. Die Verbreitung der Parole ist eine Aktion des exilierten SPD-Vorstands, der SoPaDe. Im Verlauf des Jahres 1933 sieht sich die SPD von den Nationalsozialisten zunehmend verfolgt und unterdrückt, wird schließlich verboten und ins Exil gezwungen. Über ihre Mitarbeiter in den Grenzsekretariaten sucht die Exil-SPD weiterhin Kontakt zur Bevölkerung im Reich.

Die Hintergründe der Aktion „Parole zum 12. November“ und die Streuung des Flugblatts geben einen Einblick in die konkrete Arbeit der SoPaDe und ihres Netzwerks. Am Beispiel der beteiligten Akteure an der Aktion, die innerhalb und außerhalb des Deutschen Reiches agieren, kann die Organisation des sozialdemokratischen Widerstandes und seiner Kommunikationswege während der NS-Zeit beleuchtet werden.

2 Krisenzeit in den frühen 30er Jahren

Der Beginn der 1930er Jahre in der Weimarer Republik ist geprägt durch die anhaltende Weltwirtschaftskrise und die zunehmende innenpolitische Destabilisierung. Die Reichstagswahlergebnisse lassen kaum noch regierungsfähige Mehrheiten zu, Koalitionen zerbrechen, Regierungen folgen rasch aufeinander und können keine wirksamen Maßnahmen gestalten, um der Bevölkerung zu helfen. Dies verleiht den antidemokratischen Bewegungen Aufschwung (Edinger 1960, 5).

Der Beginn der Diktatur

Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 erhält die NSDAP zum ersten Mal eine regierungsfähige Mehrheit. Am 30. Januar 1933 wird Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Dieses Datum markiert den Beginn des nationalsozialistischen Regimes. Zwar kann Hitler zunächst nur auf Basis der ihm übertragenen Regierungsgeschäfte Macht ausüben, doch nutzt er diese schon bald für antidemokratische Aktionen. Auch in der Pfalz finden Morde, systematische Verfolgungen von Funktionären, Zerstörungen und Plünderungen von Wohnungs- und Büroräumen sowie weitere Akte des willkürlichen Terrors statt (Braun 1999, 508).

Die SPD begegnet den Vorkommnissen mit einer eher passiv abwartenden Haltung. Die Parteispitze verfolgt eine Politik der „loyalen Opposition“ (Hebel-Kunze 1977, 100), die auf mehreren Fehleinschätzungen beruht. Aus den Zeiten des Sozialistengesetzes (1878–1890) ist die Erfahrung geblieben, dass die Partei trotz Verfolgung und Unterdrückung fortbestehen konnte (Edinger 1960, 14). Die Parteispitze hält am demokratisch-legalen Selbstverständnis der Partei fest und möchte jede Illegalität vermeiden. Dazu gehört auch, dass sie die Vorbereitungen zur Untergrundarbeit junger Genossinnen und Genossen unterdrückt. Es überwiegt der Glaube an die Stimme des Volkes, ihr Rechtsverständnis und Wille nach Freiheit, der die faschistische Regierung stürzen soll (Freyberg 1989, 195).

Der Aufstieg der Nationalsozialisten und deren Rückhalt im Volk werden unterschätzt. Die Sozialdemokraten verkennen die Loyalitätsbekundungen der Konservativen, der Reichswehr und des Reichspräsidenten mit der braunen Regierung (Hebel-Kunze 1977, 84–85). Im Völkerbund gibt es ebenfalls Vorbehalte gegenüber den Nazis, so spekuliert die SPD-Spitze bei einer weiteren Machtfestigung zudem auf Hilfe aus dem Ausland (Edinger 1960, 14).

Als „Feinde“ erscheinen den Sozialdemokraten in der Endphase der Weimarer Republik nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch die Kommunisten. Traditionell verstehen sich die beiden linken Gruppierungen als legitime Vertreter der Arbeiterbewegung. Die sich zunächst andeutenden Versuche, SPD und KPD in einer „Einheitsfront“ gegen Hitler zu verbünden, kommen unter den alltäglichen Spannungen und Anfeindungen zu keinem Ergebnis (Hebel-Kunze 1977, 96–97).

Reichstagsbrand und Ermächtigungsgesetz

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 brennt der Reichstag. Die nationalsozialistische Propaganda erklärt die Brandstiftung zu einem kommunistischen Anschlag und nutzt das Ereignis, um die KPD als politische Opposition auszuschalten. Die in der Folge veröffentlichte „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“, auch Reichstagsbrandverordnung genannt, schränkt zudem die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht und weitere Bürgerrechte erheblich ein (Freyberg 1989, 198). Der Parteispitze fällt es immer schwerer, ihre Basis zu mobilisieren. Unter dem Eindruck dieser Entwicklungen findet am 5. März 1933 eine neue Reichstagswahl statt, aus der die NSDAP in Koalition mit der Deutschnationalen Volkspartei mit einer Mehrheit von 52 % hervorgeht (Edinger 1960, 13).

Hitler legt dem Parlament das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vor, welches ihm ermöglicht, Gesetze und Verordnungen auch ohne Zustimmung des Reichstags zu beschließen. Da die Nationalsozialisten die Abgeordneten des Reichstages weiterhin unter Druck setzen, wird das Ermächtigungsgesetz am 24. März mit 441 positiven und 94 Gegenstimmen, alle von Abgeordneten der SPD, verabschiedet. Otto Wels (1873–1939) hatte sich einen Tag zuvor in einer letzten freien Rede an den Reichstag (und die Bevölkerung) gewendet, in der er sich als einziger Parteiführer offen gegen Hitlers diktatorische Bestrebungen ausspricht und an das „Rechtsbewußtsein des Volkes“ (Edinger 1960, 15–17) appelliert.

Die Gleichschaltungsmaßnahmen machen auch vor der Zivilbevölkerung nicht halt. So verfügt etwa das bayerische Innenministerium (zu diesem Zeitpunkt Verwalter der Pfalz) Ende März 1933 über ein Verbot der Arbeitersport- und -kulturvereine. Da diese Organisationen seit jeher die Basis der sozialdemokratischen Parteien darstellen, zerfällt bald die untere Parteistruktur der SPD (Braun 1999, 513).

Hitlers Regierung verfolgt konsequent das Ziel, die Demokratie abzuschaffen, versucht aber den Schein eines Rechtsstaates aufrechtzuerhalten. Dementsprechend ist ihr die kritische (linke) Berichterstattung aus dem Ausland ein Dorn im Auge. In einem Gespräch mit Innenminister Göring wird dem SPD-Parteivorsitzenden Otto Wels in Aussicht gestellt, ihre Parteizeitung, den „Vorwärts“, wieder publizieren zu dürfen, sollte es der SPD gelingen, ihre ausländischen Parteigenossen zu beschwichtigen (Edinger 1960, 19–20). In der Folge gehen die Terrorakte gegen die SPD-Führung vorerst zurück. Aufgrund ihrer Strategie der „loyalen Opposition“ entschließt die Parteiführung tatsächlich, einige Funktionäre ins Ausland zu schicken.

Dies bleibt jedoch ohne Erfolg. Wels tritt in der Folge als deutscher Vertreter aus der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen (SAI) aus (Edinger 1960, 20). Die NS-Regierung schwächt die SPD so auch auf internationaler Ebene.

Die SPD entzweit: Führungsstreit

Die Linie der Parteiführung wird keineswegs geschlossen unterstützt. Deutschlandweit nehmen die Repressionen und Agitationen zu; viele Parteiangehörige deuten die Situation anders als ihre Führung. Vor allem junge motivierte Genossen streben nach mehr Aktivismus, sehen die Gefahr in der Machtergreifung der Nationalsozialisten und wollen sich entsprechend organisieren. Es kommt zu vereinzelt Trennungen und Gründungen von Splittergruppen (Freyberg 1989, 199).

Die Konflikte werden Ende April 1933 bei einer Versammlung der Parteimitglieder, die schon nicht mehr als Parteitag stattfinden kann, diskutiert. Der neu gewählte Vorstand repräsentiert beide Flügel, kann den Konflikt aber nicht beilegen. Unter dem Eindruck des Verbots der Gewerkschaften am 2. Mai entscheiden sich Teile des Vorstandes, eine Basis im Ausland aufzubauen und Parteivermögen zu überführen (Edinger 1960, 24–25). Der Berliner Kreis beharrt dahingegen auf dem Verbleib in Deutschland, dem eingeschlagenen Kurs der „loyalen Opposition“ und dem Ausschöpfen der noch freien politischen Handlungsräume. Der Führungsstreit wird obsolet, als die SPD am 22. Juni 1933 verboten wird (Freyberg 1989, 208).

3 SoPaDe – Parteivorstand im Exil

Der nach Prag emigrierte Vorstand bildet nach dem SPD-Verbot die verbliebene Spitze der Partei. Er steht zunächst unter Kritik, insbesondere von Teilen der jüngeren Anhängerschaft, die ihn für den Zusammenbruch der Partei verantwortlich macht und ihm

vorwirft, den Aufstieg des Faschismus nicht verhindert zu haben (Hebel-Kunze 1977, 139; Buchholz 1995, XIV).

Selbstverständnis der SoPaDe

Die SoPaDe versteht sich als Bewahrer der Traditionslinien der Arbeiterbewegung und besteht auf ihrem alleinigen Führungsanspruch deutscher Sozialdemokraten. Programatische Publikationen des Exil-Parteivorstandes, wie etwa das „Prager Manifest“, welches am 20. Januar 1934 verabschiedet wird und die fortwährende Publikation des „Neuen Vorwärts“ und anderer Zeitschriften, sollen das In- und Ausland über das wahre Gesicht der Diktatur, ihre Propaganda, aber auch über die eigenen politischen Positionen aufklären (Buchholz 1995, XV). Das Flugblatt zum 12. November steht hier in einer Reihe mit den „Deutschland-Berichten der SoPaDe“, Tarnschriften², Handzetteln und weiteren Publikationen. Splittergruppen wie „Neu Beginnen“ oder „SAP“ geht dies nicht weit genug, weshalb sie sich von der Exil-SPD separieren (Buchholz 1995, XV).

Grenzsekretariate

Die SoPaDe hält entlang der Grenzen des Deutschen Reiches über ihre eigenen Grenzsekretariate Verbindung zu den deutschen Genossen. Ihnen kommt eine Schlüsselposition in der Kommunikation des Widerstands zu, denn sie koordinieren den Austausch zwischen Einzelpersonen im Inland und dem Vorstand, sammeln und leiten Informationen weiter und setzen vom Exilvorstand geplante Aktionen um. Jedem Grenzsekretär untersteht ein bestimmtes innerdeutsches Gebiet. Das Amt bekleiden oft ehemalige Funktionäre der regionalen SPD-Parteistruktur. Dieser Umstand erleichtert die illegale Arbeit durch persönliche Kontakte und die Kenntnis der zu verwaltenden Region (Buchholz 1995, XXXV).

Zunächst ist die Arbeit der Grenzsekretariate aufgrund mangelnder Erfahrung mit der Illegalität schwierig. Als Kontakte und Vertrauensleute in Deutschland werden meist junge Menschen gewonnen, die der Gestapo noch unbekannt, aber bereits mit sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen, wie der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und dem Reichsbanner, in Kontakt stehen (Braun 1999, 518). Verdiente Funktionäre und öffentlich bekannte Parteimitglieder müssen aufgrund der Bekanntheit ihrer politischen Gesinnung oftmals auf die aktive Widerstandsarbeit verzichten, um Repressionen zu entgehen (Hebel-Kunze 1977, 182–183).

Die Kommunikationswege der Grenzsekretäre sind unterschiedlich. Manche Sekretariate können aufgrund ihrer geografischen Lage unauffällig den Postweg nutzen. Andere bedienen sich Grenzgängern, um Schriftstücke in das Reich zu schmuggeln. Auch

² Tarnschriften sind „jene Druckerzeugnisse, die unter einem harmlosen, unverfänglichen Umschlagtitel, [...] als Absicherung gegen polizeilichen Zugriff und zum Schutze der Verbreiter und Leser, antifaschistische Schriften enthalten“ (Gittig 1972, 11). Gittig schätzt, dass in der Zeit von 1933 bis 1945 etwa 900 Tarnschriften publiziert wurden, die jedoch nur zu einem Bruchteil auf die SPD zurückzuführen sind. Von den von ihm untersuchten 590 Schriften stammten lediglich neun aus der Feder der SPD (Gittig 1972, 15).

unkonventionelle Transportwege für Botschaften, wie Luftballons, die der Wind über die Grenze trägt, werden genutzt (Redmer 1987, 79).

Ein Infoblatt der SoPaDe zum Transport der Nachrichten erläutert verschiedene Tarnmöglichkeiten illegaler Schriften. Zum Beispiel wird angeregt, Schriften in wiederverlöteten Sardinenbüchsen, in Garnrollen oder eingebacken in Brot zu verstecken sowie in Kinderspielzeug, etwa Teddybären, einzunähen. Versteckmöglichkeiten in Toilettenartikeln, Kleidung und am eigenen Körper werden ebenfalls aufgeführt. Der Transport via Eisenbahn, Schiff oder Lastwagen sollte variieren und liegt im Ermessen der einzelnen Grenzsekretäre (Geis 1982, 597 Dok. F8b).

Mit dem Vorstand in Prag kommunizieren die Grenzsekretäre meistens per Brief, in dringenden Fällen auch per Telefon. Dabei nutzen die Grenzsekretäre Pseudonyme. So nannte sich der für das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz zuständige Grenzsekretär Emil Kirschmann in seiner Korrespondenz „Stift“ (Redmer 1987, 81).

Verbindung des Exilwiderstands nach Rheinland-Pfalz

Für das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz waren zwei Grenzsekretariate eingeteilt: Zur Zeit der Flugblattaktion zum 12. November betreut Emil Kirschmann vom Saarland aus, das zu dieser Zeit unter Verwaltung des Völkerbundes steht, die Gebiete Koblenz-Trier, die Pfalz, Südhessen und Nordbaden (Ulrich 2011, 56).

Georg Reinbold (1885–1946), zuletzt Vorsitzender der badischen SPD seit 1924, siedelt sich zunächst im französischen Straßburg an und flieht später nach Luxemburg. Er betreut die Gebiete Südwest-Deutschlands und später auch die Pfalz (Braun 199, 521).

Vom Parteivorstand ausgehend, über die Grenzstellen organisiert und von Einzelpersonen im Inland getragen, gestaltet sich auch die Umsetzung der Aktion zur Parole am 12. November 1933, die im Folgenden anhand von Korrespondenzen und Protokollen dargestellt werden soll.

4 Aktion „Parole am 12. November“

Die seit dem Beginn des Exils in Prag tagende Vorstandsriege der SoPaDe kommt auch am 18. Oktober 1933 wieder zusammen und bespricht die neuen Entwicklungen in Deutschland und Parteiangelegenheiten. Aus dem Protokoll der Sitzung geht hervor, dass sich der Vorstand mit dem Austritt Nazi-Deutschlands aus dem Völkerbund und den angesetzten Abstimmungen auseinander setzt.³ Es wird entschieden, eine Parole auszugeben und diese nach Möglichkeit per Flugblatt, Zeitschrift und Rundfunk zu verbreiten, um weite Teile der Bevölkerung zu erreichen. Vorläufiges Ziel ist es nicht

³ Für das Protokoll der SoPaDe-Vorstandssitzung am 18. Oktober 1933 vgl. SAPMO Berlin, ZPA, II 145/54, Bl. 24-26.

mehr, eine Niederlage der NSDAP zu erzwingen, sondern als Widerstandszentrum in Erscheinung zu treten (Buchholz 1995, 20).

In einem ersten Schreiben vom 20. Oktober 1933 informiert die SoPaDe ihren Grenzsekretär im Saarland, Emil Kirschmann, über die Aktion und bittet ihn, Kontakt zu einem Luxemburger Radiosender aufzunehmen, der die Parole senden soll.⁴

Am 23. Oktober verlassen mehrere Briefe des Parteivorstandes Prag. Zunächst werden alle Grenzsekretariate im üblichen Rundschreiben über die anstehenden Aktionen zum 12. November unterrichtet und die Parole ausgegeben. Grenzsekretäre, die bei der Verteilung mitwirken sollen, werden gesondert informiert, so auch Emil Kirschmann.⁵

Saarbrücken – regionales Drehkreuz des Widerstands

Der an Emil Kirschmann gerichtete Brief vom 23. Oktober beauftragt ihn mit dem Druck des Flugblattes „Parole zum 12. November“ in einer Auflagenhöhe von 40 000 Stück in der Druckerei der „Saarbrücker Volksstimme“. Kirschmann soll die Flugblätter an die Grenzsekretariate in Straßburg (15 000), Brüssel (2 000), Antwerpen (2 000), Kopenhagen (5 000) und Thurgau/Schweiz (10 000) weitergeben und in seinem zuständigen Gebiet am Oberrhein (6 000) nach eigenem Ermessen verteilen. Die Kosten werden durch 1 000 Schweizer Franken gedeckt.

Im Schreiben wird darüber hinaus eine Anfrage zu einer ergänzenden Aktion an Kirschmann gerichtet, der den Versand von mehr als 5 000 Stück der SoPaDe-Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ aus dem Saarland betrifft und dessen Titelbild ebenfalls die Parole zeigt (Hebel-Kunze 1977, 186).⁶

Knapp beantwortet der Brief auch die Anfrage Kirschmanns, ob es eine Konferenz der südwestlichen Grenzsekretariate geben kann und ob Kirschmann einen Vertrauten in die Arbeit integrieren darf.⁷ Kirschmann scheint telefonisch Rückmeldung gegeben zu haben, denn ein Brief vom 26. 10. 1933 erwähnt ein Telefongespräch und übersendet ihm 5 000 Adressen für den Versand des „Neuen Vorwärts“.⁸ Leider ließen sich der genaue Fundort und die Verteilungswege des eingangs abgebildeten Flugblattes mit der Parole zum 12. November nicht genau feststellen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass es sich um eines der 40 000 Exemplare handeln könnte, die in Saarbrücken gedruckt und in der vorliegenden Korrespondenz beschrieben werden.

Ein Schreiben der Kammer des Innern der Regierung der Pfalz an die Bezirksamtsaußenstelle Waldmohr vom 15. November 1933 berichtet schließlich über bekannt gewordenen Schmuggel verbotener Druckschriften aus dem Saarland in die Pfalz (Geis 1982, 596 Dok. F8a). Zu den aufgefundenen Druckschriften gehört insbesondere der „Neue Vorwärts“, der „Gallische Krieg“ sowie Handzettel. Saarbrücken wird als Verteilungszentrale identifiziert und Verteilerwege anhand verschiedener Personen, u. a. über

⁴ AdsD, Bestand Emigration SoPaDe, Korrespondenz zwischen Emil Kirschmann und SoPaDe.

⁵ AdsD, Bestand Emigration SoPaDe, Korrespondenz zwischen Emil Kirschmann und SoPaDe.

⁶ Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, „Neuer Vorwärts – sozialdemokratisches Wochenblatt“, Nr. 20, 29.10.1933.

⁷ AdsD, Bestand Emigration SoPaDe, Korrespondenz zwischen Emil Kirschmann und SoPaDe.

⁸ AdsD, Bestand Emigration SoPaDe, Korrespondenz zwischen Emil Kirschmann und SoPaDe.

die Bahnlinie Homburg-Zweibrücken und unübersichtliche Grenzwege, beschrieben (Geis 1982, 596 Dok. F8a).

Anhand der Korrespondenz lässt sich eine gelungene Aktion aus der Zusammenarbeit zwischen der SoPaDe in Prag und einem Grenzsekretär an der deutschen Westgrenze nachzeichnen. Sie liefert auch Einblicke in das Engagement einer wichtigen Persönlichkeit des regionalen Widerstands: Emil Kirschmann. Der Grenzsekretär bewegte sich nicht immer auf einer Linie mit der SoPaDe, war bis zur Wiederangliederung des Saarlandes an Deutschland bei der Saar-SPD aktiv und leistete später in vielen eigenen Projekten Widerstand, was ihm Kritik einbrachte, aber auch zu Erfolgen verhalf.

5 Emil Kirschmann, Sozialdemokrat im Widerstand

Julius Emil Kirschmann wird am 13. November 1888 in Idar-Oberstein an der Nahe als Sohn eines sozialdemokratischen Handwerkers geboren. Bereits vor Erreichen seines 18. Lebensjahres wird er Mitglied der SPD. Sein Redetalent bringt ihm früh Parteifunktionen ein (Redmer 1987, 22). Von 1924 bis 1933 vertritt er seinen Wahlkreis Koblenz-Trier-Birkenfeld im Reichstag. Ende 1926 übernimmt er zusätzliche Aufgaben im Preussischen Innenministerium und befasst sich mit den von Frankreich besetzten Gebieten. Kirschmann führt sein Amt gewissenhaft aus (Redmer 1987, 51) und knüpft viele Kontakte, auch zu saarländischen Parteifunktionären.

Grenzsekretär, Redakteur und Flüchtlingshelfer

Kirschmanns Wohnung in Köln wird im Mai 1933 von den Nazis durchsucht. Zu diesem Zeitpunkt hält er sich gerade in Saarbrücken auf, wo er fortan unfreiwillig im Exil lebt, da eine Rückkehr zu gefährlich ist. Nach dem Parteiverbot errichtet er dort unter dem Namen „Internationale Kommissionen und Agenturen – Vermittlung von Geschäften aller Art“ sein Grenzsekretariat (Redmer 1987, 77).

Hier koordiniert er die Kommunikation und Widerstandsarbeit für die Gebiete des Bezirks Koblenz-Trier, die Pfalz, Südhessen und Nordbaden, aber auch die Zusammenarbeit der Grenzsekretariate entlang der deutschen Westgrenze. Darüber hinaus redigiert er die von der SoPaDe finanzierte Zeitung „Deutsche Freiheit“ und kümmert sich um deren Absatz. Da das Saargebiet einen großen Flüchtlingsstrom erfährt, beschäftigen das Saarbrücker Sekretariat auch hier zusätzliche Aufgaben in der Flüchtlingshilfe (Redmer 1987, 78). Die Flüchtlingsarbeit koordiniert Kirschmanns Parteifreundin Marie Juchacz (1879–1956), die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt 1919. Zusammen mit der saarländischen SPD, der Arbeiterwohlfahrt und weiteren Organisationen beschaffen sie Fürsorgeleistungen (Redmer 1987, 81).

Im November 1933 übernimmt Kirschmann den Posten des saarländischen SPD-Sekretärs. Die Saar-SPD, die unter den Vorzeichen der Abstimmung über die politische Zugehörigkeit des Saarlandes 1935 sich stärker als ihre Prager Genossen um die Aufar-

beitung der passiven SPD-Politik vor der Machtergreifung bemüht, beginnt sich von der SoPaDe zu entfernen. Zerwürfnisse zwischen den Prager und Saarbrücker Vorständen Otto Wels und Max Braun (1892 – 1945) verstärken den Konflikt, was auch für Kirschmann Folgen hat. 1934 muss er sein Grenzsekretariat an Georg Reinbold abgeben (Redmer 1987, 83). Kirschmann bleibt dessen ungeachtet in der Flüchtlingshilfe tätig und erhält, weil er für den Exilvorstand nach wie vor eine bedeutende Kontaktperson darstellt, weiterhin finanzielle Unterstützung durch die SoPaDe (Redmer 1987, 83–84).

Die Abstimmung an der Saar

Im Wahlkampf zur Saarabstimmung 1935 schließen sich die linken Gruppierungen SPD/Saar und KPD/Saar zu einer seltenen Einheitsfront zusammen. Sie organisieren gemeinsame Kundgebungen und werben für die Aufrechterhaltung des Status Quo, aber bleiben stets eigenständige Parteiorganisationen (Mühlen 1979, 203, 213–214).

Kirschmann engagiert sich in einem breiten antifaschistischen Bündnis, das von der SAI (Sozialistische Arbeiter-Internationale) unterstützt, aber von der SoPaDe abgelehnt wird. Die Funktionäre in Prag beharren auf ihrem Standpunkt, mit den Kommunisten nicht zusammenzuarbeiten (Redmer 1987, 87–88). An dieser Stelle erfährt Kirschmann in seiner Arbeit den größten Kontrast zum exilierten Parteivorstand.

Nach der Abstimmungsniederlage, die trotz des Bündnisses nicht verhindert werden kann, muss die Gruppe um Kirschmann erneut fliehen und richtet sich im nahegelegenen französischen Forbach ein (Ulrich 2011, 56).

Stationen in Frankreich

Die Flüchtlingsarbeit fortführend, errichtet die Gruppe um Kirschmann in Forbach unter der Trägerschaft des Internationalen Gewerkschaftsbunds eine „Beratungsstelle für Saarflüchtlinge“ ein. Hier erfahren alle aus dem Saarland Vertriebenen ungeachtet ihrer politischen Gesinnung Hilfe im Umgang mit der französischen Bürokratie sowie materielle Unterstützung. Diese Stelle wird u. a. durch die SoPaDe und die SAI gefördert, jedoch sind die Mittel aufgrund der Masse an Exilanten stets knapp (Redmer 1987, 99–101; Mühlen 1979, 249–250). Nebenbei verfolgt Kirschmann weiterhin seine journalistische Tätigkeit und tritt u. a. als Verantwortlicher des Mitteilungsblattes „Nachrichten von der Saar“ in Erscheinung (Redmer 1987, 102).

Die französische Regierung lässt die Arbeiten der Beratungsstelle zunächst gewähren; im April 1936 muss sie ihre Tätigkeiten jedoch einstellen. Frankreich harmonisiert sein Verhältnis zum Dritten Reich und stört sich an dem antifaschistischen Widerstand aus Forbach (Mühlen 1979, 253).

Kirschmann und seine Mitstreiter, Marie Juchacz, seine Lebensgefährtin Käthe Fey und Max Moritz Hofmann, ziehen nach Mühlhausen, halten ihre Kontakte aufrecht und arbeiten an der Zeitung „Freiheit-Korrespondenz“ (1940 eingestellt), Flugblättern und Tarnschriften, die ins Reichsinnere geschmuggelt werden (Ulrich 2011, 57). Neben eigenen Texten werden auch Prager Schriften verbreitet. Der SoPaDe dient Kirschmann nach wie vor als Kontaktperson in ihrem Widerstandsnetzwerk, auch wenn er das offi-

zielle Amt des Grenzsekretärs nicht mehr bekleidet. Die Aktivisten können durch ihre Verbindungen entlang der deutschen Westgrenze bis zum Kriegsausbruch illegales Material verbreiten (Redmer 1987, 116, 121).

Danach verschlechtert sich die Situation zunehmend. Der Überfall auf Frankreich 1940 zwingt die Aktivisten um Kirschmann, weiter ins Landesinnere auszuweichen. 1941 können sie nach New York entkommen, wo die Gruppe weiterhin deutsche Exilanten unterstützt: Sie versenden Geld oder Care-Pakete und helfen bei der Beschaffung von Pässen und Visa (Ulrich 2011, 57). 1949 entschließt sich Kirschmann in seine Heimat zurückzukehren, sein gesundheitlicher Zustand hält ihn jedoch zurück. Er stirbt am 11. April 1949 in New York (Redmer 1987, 154–156).

6 Der lange Weg des Widerstands

Unter der Diktatur des NS-Regimes ist die Aktion um das Flugblatt zum 12. November nur eine unter vielen Maßnahmen des sozialdemokratischen Widerstands. Sie zeigt beispielhaft, wie die einzelnen Akteure im Netzwerk des Exil-Widerstands gegen den Nationalsozialismus zusammenwirken: Von der Spitze der Exil-Partei über die Grenzsekretäre hin zum einzelnen Untergrundaktivisten innerhalb der Reichsgrenzen. Die Aktion zeigt auch, wie vielschichtig sich die Widerstandsarbeit im Alltag gestaltet und wie sehr die Durchführung einzelner Operationen von den persönlichen Verbindungen und der Einsatzbereitschaft der Aktivisten vor Ort geprägt ist.

Die SoPaDe als Organisation tritt dabei mehr als passiver Financier in Erscheinung. Ihren Schwerpunkt setzt der Prager Vorstand auf die Kontinuität der Organisation über die Zeit des Regimes hinaus, dessen Sturz nur durch das Eingreifen ausländischer Mächte möglich erschien (Buchholz 1995, XLI). Als die Aktion „Parole am 12. November“ 1933 startet, ist es bis dahin noch ein weiter Weg.

1938 sieht sich die SoPaDe gezwungen, ihren Sitz nach Paris zu verlegen. Die sozialdemokratischen Zellen im Reichsinneren werden nach und nach von der Gestapo zerschlagen. Die Kommunikation wird zunehmend schwieriger und das Netzwerk beginnt zu zerfallen (Geis 1982, 538). Es gibt nur wenige Dokumente, die eine wirkliche Aktivität nach 1940 belegen. Zu diesem Zeitpunkt ist die SoPaDe gezwungen auch Frankreich zu verlassen und siedelt nach London über. Hier gibt der dezimierte und zum Teil resignierte SoPaDe-Vorstand zum ersten Mal seinen Führungsanspruch auf und schließt sich mit anderen linken (jedoch nicht kommunistischen) Gruppierungen zur „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ zusammen (Geis 1982, 546–547).

Nach dem Sturz des Regimes wird die SPD in Deutschland wiedergegründet. Die Genossinnen und Genossen kehren aus dem Exil, den Gefängnissen und dem Untergrund zurück in die Politik und tragen zum Aufbau der demokratischen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland bei.

Literatur

- Braun, Günter (1999). Verfolgung – Emigration – Widerstand. Pfälzische Sozialdemokraten unter der Naziherrschaft. In: Geis, Manfred (Hg.). *Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49* (505–531). Edenkoben.
- Buchholz, Marlis & Rother, Bernd (Hg.). (1995). Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933 – 1940. In: Beckstein et al (1995). *Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 15*. Bonn/Braunschweig.
- Edinger, Lewis J. (1960). *Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil von 1933 – 1945*. Hannover u. a.
- Freyberg, Jutta von u. a. (³1989). *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Von 1863 bis zur Gegenwart*. Köln.
- Geis, Manfred (1982). Politik aus dem Exil – Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). *Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933 – 1945. Grundlagen und Materialien*. Bonn.
- Gittig, Heinz (1972). *Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933 – 1945*. Leipzig.
- Hebel-Kunze, Bärbel (1977). *SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932 – 1935*. Frankfurt a. M.
- Mühlen, Patrik von zur (1979). „Schlagt Hitler an der Saar!“. *Abstimmungskampf, Emigration und Widerstand im Saargebiet 1933 – 1935*. Bonn.
- Redmer, Axel (1987). *Wer draußen steht, sieht manches besser. Biographie des Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann*. Birkenfeld.
- Ulrich, Axel (2011). Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz – ein Überblick. Gegner des Nationalsozialismus: politischer Widerstand, Widersetzlichkeit und anderes Aufbegehren gegen das NS-Regime. In: Schiffmann, Dieter (Hg.). *Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz. Wissenschaftliche Darstellung und Materialien für den Unterricht* (27–65). Alzey.

Quellen

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Sammlung Flugblätter und Flugschriften. 6/FLBL006458: Flugblatt „Parole am 12. November“.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bestand Emigration Sopade, Mappe 6: Rundschreiben der SoPaDe an alle Grenzsekretariate vom 23.10.1933; Mappe 62: Korrespondenz zwischen Emil Kirschmann und SoPaDe, Schreiben vom 20., 23. und 26. 10.1933.

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn. SEL AA Z 1205: „Neuer Vorwärts - Sozialdemokratisches Wochenblatt“ (Nr. 20, 29.10.1933).

Bildnachweis

Abb. 1: Flugblatt „Parole am 12. November“. AdsD, Sammlung Flugblätter und Flugschriften, 6/FLBL006458.